



## Narendra Modi Superstar Wird in Indien die Demokratie demokratisch ausgehebelt?

von Dominik Müller

*»Die oberflächliche Zurschaustellung von Toleranz und Multikulturalismus unter dem Dach einer einzigen, alles überwölbenden und überaus unpluralen Wirtschaftsdeologie kann [...] blitzschnell in Rassismus, rabiaten Nationalismus, ethnischen Chauvinismus oder kriegslüsterne Islamophobie umschlagen.«*

Arundhati Roy, indische Schriftstellerin und Essayistin, 2012<sup>1</sup>

Die Wahlergebnisse zur 16. Lok Sabha, dem indischen Parlament, brachten umwälzende Veränderungen in den staatlichen politischen Machtverhältnissen hervor:

- 66,4 Prozent der 815 Millionen Berechtigten sind an die Urne gegangen. Das ist die höchste Wahlbeteiligung in der Geschichte Indiens.
- Die Indische Volkspartei BJP gewann mit 282 von 543 Sitzen die absolute Mehrheit. Seit dreißig Jahren ist das keiner Partei mehr gelungen, es kamen ausschließlich Koalitionsregierungen zustande. Vor allem bei der jungen Generation konnte die Indische Volkspartei punkten: 39 Prozent der Erstwählerinnen und –wähler gaben der BJP und deren Spitzenkandidaten Narendra Modi ihre Stimme, 83 Prozent der Akademiker, 27 Prozent derjenigen mit einfachem Schulabschluss und 25 Prozent der Analphabeten.
- Die Kongresspartei, hervorgegangen aus der indischen Unabhängigkeitsbewegung, ist tiefer gefallen denn je und gewann nicht einmal ein Viertel der ursprünglichen Sitze im Unterhaus: ihr bleiben im neuen Parlament 44 von ehemals 206 Sitzen.
- Die Linksfront, 2004 noch die drittstärkste Kraft, halbierte ihre Sitze auf 12. Neue Regionalparteien aus den Bundesstaaten Odisha, Westbengalen und Tamil Nadu haben angekündigt, eine Allianz zu bilden, um mit insgesamt 91 Sitzen die Opposition anzuführen. Die neue Aam Aadmi Partei, entstanden aus der Anti-Korruptionsbewegung, erhielt lediglich vier Sitze. Ihr war es nicht gelungen, die wahlentscheidende Unterstützung der Menschen auf dem Land – immer noch mehr als die Hälfte der indischen Bevölkerung – zu gewinnen.

### Glaubwürdigkeitsverlust der Opposition

Die Korruptionsskandale und die deutlich gestiegenen Preise für viele Güter des täglichen

Bedarfs haben die Politik der Kongresspartei völlig unglaubwürdig gemacht. Der medienwirksame Erfolg, noch im Dezember 2013 im Rahmen der Verhandlungen der Welthandelsorganisation gegen den Willen der USA und anderer Agrarexporture ein Programm für die subventionierte Produktion und Verteilung von Nahrungsmitteln durchzusetzen,

<sup>1</sup> Roy, Arundhati "Kapitalismus: Gespenstergeschichte", In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2012

war offensichtlich zu wenig, um die Gunst der Wählerinnen und Wähler zu gewinnen.

Auch die der Kongresspartei nahestehenden Parteien wurden mit in den Abwärtsstrudel gerissen: die Samajwadi Partei und die BSP aus dem bevölkerungsreichsten Bundesstaat Uttar Pradesh mussten herbe Verluste einstecken beziehungsweise sind gar nicht mehr in der Lok Sabha vertreten. Die Regionalparteien, die sich ferngehalten haben von Bündnissen mit der ehemaligen Regierungspartei, gewannen zahlreiche Wahlkreise, darunter der Trinamool Congress in Westbengalen, eine Abspaltung von der Kongresspartei, und die All Indian Dravidian Munnitra Kazhagam (AIDMK) aus Tamil Nadu.

Das Parteienbündnis links der Kongresspartei hat wenig Anziehungskraft auf die Wählerinnen und Wähler entwickeln können. Es kämpft immer noch mit dem Image, in Westbengalen bis zur Abwahl 2011 eine industrie- freundliche Politik betrieben zu haben, die Vertreibung und brachiale Gewalt gegenüber der ansässigen Bevölkerung zur Folge hatte. Die Linksfront war dort drei Jahrzehnte ununterbrochen an der Macht.

Der neuen Aam Aadmi Partei wurde der Rücktritt von der Regionalregierung in Neu Delhi im Februar dieses Jahres zum Verhängnis: Sie legte die Amtsgeschäfte nieder, nachdem sie ein Anti-Korruptionsgesetz nicht gegen den Willen der Kongresspartei und der BJP durchsetzen konnte. Während die Aam-Aadmi Politiker gehofft hatten, damit die Glaubwürdigkeit ihrer Politik zu unterstreichen, stellten Medien und Oppositionsparteien diesen Schritt als „verantwortungslos“ dar und hatten damit offensichtlich Erfolg.

## Mehrheitswahlrecht und Verfolgung von Muslimen

Die absolute Mehrheit der BJP bedeutet nicht, dass die Mehrheit der indischen Hindus hinter der Ideologie der von der BJP und der mit ihr im Dachverband des Sangh Parivar as-

soziierten hindunationalistischen Hindutva-Organisationen stehen würde. Tatsächlich konnte die BJP nur 31 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. Dank des Mehrheitswahlrechts und einer geschickten Wahlkampagne reichte ihr das jedoch für die absolute Mehrheit. Wäre nach dem Verhältniswahlrecht entschieden worden, hätte die BJP 113 Sitze weniger gewonnen und müsste eine Koalitionsregierung bilden. Darauf weisen viele politische Beobachter aus Indien hin und plädieren für die Einführung des Verhältniswahlrechts. Doch die Modi-Regierung dürfte wenig Interesse daran haben.

Trotz der dünnen Mehrheit sei „Modis Wahlsieg das Ergebnis eines allgemeinen Rechtsrucks in der indischen Gesellschaft und der Triumph der Hindutva-Ideologie in Verbindung mit einem neoliberalen Kapitalismus“.<sup>2</sup>

Vor allem in den nördlichen und westlichen Bundesstaaten konnte die BJP ihre Anteile stabilisieren beziehungsweise deutlich hinzugewinnen. In Uttar Pradesh mit seinen 200 Millionen Einwohnern war es ihr gelungen, 71 von 80 Wahlkreisen zu erobern – so viele wie nie zuvor eine andere Partei. Mit ausschlaggebend dafür waren die brutalen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Muslimen im September 2013 in Muzaffarnagar<sup>3</sup>. Zwei Abgeordnete der BJP – Hardliner, die Mischehen zwischen Hindus und Muslimen ablehnen und den Konflikt mit Hassreden angeheizt hatten - wurden auf einer Kundgebung Modis anschließend als „Helden“ gefeiert, die für „die Sicherheit der Hindus“ gesorgt hätten.<sup>4</sup>

Fest steht, dass noch nie zuvor so wenig Muslime im indischen Unterhaus saßen. Nur vier Prozent der Abgeordneten zählen zu dieser Minderheit, die immerhin 13,4 Prozent der Bevölkerung stellt.

---

<sup>2</sup> „An ugly scar on democracy“, Praful Bidwai in: „The News International“, 24.5.2014

<sup>3</sup> „After the coronation“, Praful Bidwai, The News International, 30.5.2014

<sup>4</sup> „Indien: Die größte Demokratie der Welt?“ Dominik Müller, Hamburg/Berlin 2014, Seite 151f

## Modis Wahlallianzen

Vier Faktoren waren entscheidend für den Wahlsieg Modis: Erstens die Unterstützung durch die Organisationen des Sangh Parivar – von der nationalen Freiwilligenorganisation Rashtriya Swajamsevak Sangh bis hin zum Weltrat der Hindus, dem Vishwa Hindu Parishad, die allesamt der hinduistischen Mehrheitsbevölkerung Privilegien gegenüber anderen religiösen Minderheiten einräumen wollen. Zweitens der öffentlich artikuliert Rückhalt durch die indische und internationale Wirtschaft.<sup>5</sup> Drittens die fast propagandistisch zu nennende Berichterstattung vor allem der elektronischen Massenmedien. Viertens der politische Glaubwürdigkeitsverlust der Kongresspartei.

2004 hatte die BJP eine herbe Wahlniederlage einstecken müssen, nachdem sie ihre Wahlkampagne „India Shining“ völlig auf die urbane Mittelschicht orientiert hatte. Zehn Jahre später haben die Hindunationalisten dazugelernt: Sie präsentierten Modi als neues Gesicht der Partei. Er selbst hob immer wieder hervor, dass er der Sohn eines einfachen Teeverkäufers sei und keiner höheren hinduistischen Kaste entstammt. Das haben viele Medien begierig aufgegriffen und ihn als Gegenspieler der alten Politikergarde der BJP porträtiert.

Den wirtschaftlichen Eliten imponierte Modi mit dem Wachstum des Bruttosozialproduktes im Bundesstaat Gujarat, den Armen wurde er als „hart arbeitender Asket aus einfachen Verhältnissen“ verkauft.<sup>6</sup> Dass die sozialen Indikatoren in Gujarat mit zu den schlechtesten in Indien gehören, wurde in den elektronischen Medien kaum zur Sprache gebracht.<sup>7</sup> Anfang Mai, in der heißen Wahlkampfphase, belegte Modi auf den fünf

wichtigsten Fernsehkanälen mehr als die Hälfte der Hauptsendezeit. Wochenlang wurde jede seiner Kundgebungen – auch aus den entlegensten Winkeln des Subkontinents – live auf mehreren Fernsehsendern gleichzeitig übertragen.<sup>8</sup>

Modi hat seinen Wahlsieg von langer Hand vorbereitet und dafür auch professionelle Dienstleistungen westlicher Agenturen in Anspruch genommen. Seit 2009 lässt er sich von der zweitgrößten PR-Agentur in den USA – APCO – beraten. 600 Mitarbeiter arbeiten für die Agentur, darunter Geschäftsführer von Großkonzernen, Politiker, Staatssekretäre und Diplomaten wie der ehemalige indische Botschafter in den USA (2001-2004), Lalit Mansingh, ein Mann der BJP. Sie organisiert Imagekampagnen und Kriseninterventionen für Konzerne und Politiker. Aus öffentlichen Mitteln des Bundesstaates Gujarat zahlte Modi der Agentur knapp 40 Millionen Euro, um seinen Bundesstaat Gujarat als vorbildliche Wirtschaftsdestination anzupreisen. APCO-Lobbyisten haben sich schon im Vorfeld der indischen Wahlen im US-Repräsentantenhaus dafür stark gemacht, Modi, dem zuvor Visa in die USA verweigert wurden, die Türen zu öffnen.<sup>9</sup>

Mit Erfolg: Kaum war der Wahlsieg der Indischen Volkspartei BJP am 16. Mai verkündet, sprachen die Regierungen in Washington und Berlin dem künftigen Premierminister Narendra Modi freundliche Einladungen aus. Zwei Jahre zuvor wäre eine Einreise des Hindunationalisten Narendra Modi in die USA oder in die EU noch undenkbar gewesen. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen und Berichterstatter der Vereinten Nationen beschuldigen ihn bis heute wegen seiner Rolle bei den Massakern 2002 in Gujarat, einem indischen Bundesstaat, den Modi als Chefminister regierte.

<sup>5</sup> „Die Karriere des Hindunationalisten Narendra Modi“, Dominik Müller, Deutschlandfunk, 29.4.2014

<sup>6</sup> „Modistan? A 2014 election report“, Amay Korjan, Rosa Luxemburg Stiftung South Asia, 5/2014

<sup>7</sup> „After the coronation“, Praful Bidwai, The News International, 30.5.2014

<sup>8</sup> „Many waves and a media Tsunami“, Palagummi Sainath, 20.5.2014, <http://psainath.org/many-waves-and-a-media-tsunami/>

<sup>9</sup> „The Modi Machine: Makeover gurus“, Appu Esthose Suresh in: Indian Express, 20.10.2013

## Fragwürdiger Freispruch

Die neue Gangart gegenüber Modi rechtfertigen diplomatische Kreise mit den Ergebnissen einer Sonderermittlungskommission, die vom höchsten Gericht eingesetzt worden ist. Man könne, zitiert die FAZ indirekt diplomatische Kreise, „nicht einerseits von Indien als der größten Demokratie der Welt sprechen und das Land als Wertepartner preisen, und andererseits das Urteil der indischen Gerichte, wonach Modi an den Unruhen keine Schuld trage, vollkommen missachten“.<sup>10</sup>

Der im Mai 2012 veröffentlichte Abschlussbericht der Ermittlungskommission diene Narendra Modi als Eintrittsticket in die nationale und internationale Politik. Im Bericht wird behauptet, dass es keine Beweise dafür gebe, dass der autoritäre Staatenlenker selbst die Feindseligkeit gegenüber der muslimischen Minderheit gefördert oder das Eingreifen der Sicherheitskräfte unterbunden habe. Vielmehr habe er immer wieder an die Bevölkerung appelliert, friedlich zu bleiben und sich sogar um die Rehabilitierung und medizinische Versorgung der Opfer in den Flüchtlingslagern gekümmert.

Das klang wie Hohn in den Ohren der Opfer und ihrer Angehörigen, von denen bis heute viele in Ghettos leben müssen und im Bundesstaat Gujarat, den Narendra Modi seit 2001 bis zu seiner Wahl zum Premierminister ununterbrochen regierte, als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Die Empörung der Opfer gründet aber nicht nur auf ihren Alltagserfahrungen, sondern auch auf das offensichtlich fehlende Interesse der ermittelnden Behörden, Modi zur Rechenschaft zu ziehen.

Viele Belastungszeugen wurden gar nicht erst angehört, andere eingeschüchtert, einer sogar von Unbekannten erschossen. Die Befragung von Narendra Modi durch die Ermitt-

lungskommission war kein Verhör, sondern ein Gefälligkeitsinterview, bei dem wichtige Fragen ausgespart wurden, die zu seiner Belastung hätten führen können. Beweismaterial wurde ignoriert, darunter zahlreiche Text-, Ton- und Bilddokumente: Sie zeigen u.a. einen Narendra Modi, der auf seinen Kundgebungen die Pogrome im Nachhinein rechtfertigte. Ein Zugbrand in Godhra, bei dem 58 hinduistische Pilger ums Leben kamen und dessen Ursache bis heute ungeklärt ist, war Auslöser für die schlimmsten Pogrome seit der indischen Unabhängigkeit. Modi bezeichnete den Zugbrand sofort als eine geplante terroristische Attacke von Muslimen. Noch bevor der Tatort kriminalistisch untersucht werden konnte, wurden verkohlte Leichen aus dem Zug in die nahegelegene Millionenstadt Ahmedabad transportiert. Dort wurden sie von Anhängern des radikalen Weltrates der Hindus in einer öffentlichen Prozession durch die Stadt getragen, um den Zorn der hinduistischen Mehrheitsbevölkerung zu schüren.

Daraufhin kam es zu Plünderungen, Brandschatzungen, Vergewaltigungen und Morden. Unter den etwa 2000 Toten waren fast ausschließlich Muslime. Mehrere Tage dauerten die Pogrome gegen die Minderheit an. Obwohl die Täterschaft von hochrangigen Mitgliedern seiner Partei, der Polizei und zahlreicher hindunationalistischer Organisationen hinreichend belegt ist, leugnet Modi bis heute jede Verantwortung. Mittlerweile verurteilte Täter konnten unter seiner Regierung im Anschluss an die Pogrome sogar Karriere als Minister machen.<sup>11</sup>

## Ein Wolf im Schafspelz?

Oberflächlich betrachtet könnte man die erste Aktivität des neuen Premierministers als Zeichen seiner Läuterung ansehen. Er lud – neben anderen südasiatischen Regierungschefs – auch Nawaz Sharif zu seiner feierlichen Amtseinführung ein, ausgerechnet den

<sup>10</sup> „Die langen Schatten der Vergangenheit“, Michael Radunski, in: FAZ 20.10.2013

<sup>11</sup> Vgl. „The fiction of fact-finding“, Manoj Mitta, in: Harper Collins India 2014

Premierminister des Landes, das Hindunationalisten häufig als „Erzfeind“ bezeichnen: Pakistan. Das scheint denen Recht zu geben, die immer behauptet haben, auch ein Hardliner wie Narendra Modi würde, einmal in Delhi in der „Regierungsverantwortung“, von seiner radikalen Haltung lassen.

Davor warnen langjährige politische Beobachter wie Praful Bidwai und verweisen auf die Art und Weise, wie in Gujarat unter der Regentschaft Modis zwölf Jahre lang Polizei, Bürokratie und Justiz manipuliert, erpresst und untergraben wurden.<sup>12</sup> Auch das Bekenntnis Modis in seiner ersten Parlamentsrede, die muslimische Minderheit am Wirtschaftswachstum und der „Entwicklung“ im Allgemeinen teilhaben zu lassen, sei mit Vorsicht zu genießen. Noch im Wahlkampf hatte Modi mehrfach erklärt, alle Muslime aus Bangladesch aus dem Land werfen zu wollen, sollte die BJP an die Regierung kommen.

Die Zusammensetzung des 34-köpfigen Kabinetts und die Verteilung wichtiger regierungsnaher Posten tragen die deutliche Handschrift von Narendra Modi. Die wichtigsten Ministerien werden alle von BJP-Politikern geleitet, nur vier Nichtmitglieder bekleiden relativ unbedeutende Ministerämter. Der Chefsekretär des Premierministers und der Nationale Sicherheitsberater kommen aus den Reihen der Stiftung Vivekananda International, einer ultranationalistischen Denkschule aus Neu Delhi. Nur die Ministerin für Minderheiten ist eine Muslima. Bereits in ihrer ersten öffentlichen Rede stellte sie jedoch die Rolle der größten Minderheit – und damit ihre Schutzbedürftigkeit – infrage: Die indischen Muslime seien zu zahlreich, um als Minderheit zu gelten.<sup>13</sup>

In den kommenden Monaten wird der Sangh Parivar mit Hilfe von Modi und der BJP seinen

„langen Marsch“ durch die Institutionen starten. Ihr steigender Einfluss auf Justiz, Bildung, Kultur und den diplomatischen Dienst wird plurale und säkulare Elemente der Gesellschaft weiter schwächen. Und um den Interessen der nationalen und internationalen Investorengemeinde entgegen zu kommen, wird die neue Regierung schon bald eine noch härtere Gangart gegen die indischen Maoisten und die Adivasi – die indigenen Bevölkerungsgruppen – einlegen, um sich ungehinderten Zugang zu den Rohstoffen in Zentral- und Ostindien zu verschaffen.

Die Zivilgesellschaft insgesamt muss mit noch schärferen Repressionen unter der neuen Regierung rechnen. Mitte Juni gelangte ein als „geheim“ klassifiziertes Dokument des indischen Geheimdienstes an die Öffentlichkeit, datiert auf den 3. Juni 2014. Nur wenige Wochen nach der Amtsübernahme warnt der Direktor der Behörde die Regierung vor Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, darunter Greenpeace, Amnesty International und zahlreiche indische Organisationen, deren Aktivitäten das Wirtschaftswachstum in Indien jährlich um zwei bis drei Prozent bremsen würden. Viele der dort erwähnten Organisationen interpretieren den Bericht als offene Kampfansage.

Über den Autor: *Der Journalist Dominik Müller ist Autor des gerade erschienenen Buches „Indien: Die größte Demokratie der Welt? Marktmacht - Hindunationalismus - Widerstand“. Verlag Assoziation A, 2014*

Impressum:

Stiftung Asienhaus | Hohenzollernring 52 | 50672 Köln | [www.asienhaus.de](http://www.asienhaus.de)

Verantwortlich: Monika Schlicher

Kontakt: [monika.schlicher@asienhaus.de](mailto:monika.schlicher@asienhaus.de)

<sup>12</sup> „Fusing Hindu nationalism with corporate power - The menace that is Modi“, Praful Bidwai, Transnational Institute, 16.5.2014

<sup>13</sup> „Resisting Modi through mass struggles“, Praful Bidwai, in: The News International, 7.6.2014